

Pressemitteilung zur Ratssitzung am 03.11.2020

Osnabrück, 03.11.2020

Seite 1 von 2

Kinderfreundliche Kommune – ein MUSS für Osnabrück

Ratsfraktion Die Linke. macht sich für Kinderrechte stark

Mit dem Antrag „Kinderfreundliche Kommune – ein UNICEF Projekt wie gemacht für Osnabrück“ zur Ratssitzung am kommenden Dienstag möchte die Ratsfraktion DIE LINKE. anregen, dass die Stadt Osnabrück am Projekt teilnimmt. Der Hintergrund ist unter anderem die Höhe der Kinderarmut in Osnabrück: Jedes vierte Kind lebt unter der Armutsgrenze.

Pressemitteilung

Die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz erklärt weiter zu den Hintergründen:

„Kinderrechte sind eine kommunale Pflichtaufgabe! Es ist daher für eine kinderfreundliche Stadtentwicklung unerlässlich auch die einzubeziehen, die es betrifft – Kinder und Jugendliche. Das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ bietet der Stadt Osnabrück die Möglichkeit die vielen vorhandenen Maßnahmen von außen zu evaluieren, zu ergänzen und weiterzuentwickeln und nicht zuletzt neue Maßnahmen zu schaffen. Die Vernetzung mit anderen Projektkommunen bietet den notwendigen Erfahrungsaustausch und die Möglichkeit die Maßnahmen nach außen zu bewerben.“

In Osnabrück leben nach wie vor 25 Prozent der Kinder in Armut und die Folgen der Corona Pandemie auf die Jüngsten in der Gesellschaft sind noch nicht komplett abzusehen. Aus diesem Grund ergänzt Ratsfrau Heidi Reichinnek:

„Insbesondere während der Corona Pandemie hat sich gezeigt, dass ein Autogipfel anstelle eines Kindergipfels stattfindet und Maßnahmen zum Stützen großer Wirtschaftsbetriebe schneller aufgelegt sind, als Förderprogramme für Schulen und Kitas. Diese Liste ließe sich unendlich erweitern und verdeutlicht den geringen Stellenwert von Kinderrechten und die missliche soziale Situation von Kindern und Jugendlichen. Das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ bietet hier die Möglichkeit einer gegenläufigen Entwicklung und ermöglicht Kindern Partizipation und Teilhabe.“

Das Projekt setzt insgesamt in vier Bausteinen auf eine kommunale Verankerung und Ausgestaltung der Kinderrechte und ermöglicht aktiv eine Partizipation der Kinder und Jugendlichen. Osnabrück wäre in Niedersachsen die achte Kommune die sich dem Projekt anschließt. Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz verdeutlicht die Symbolkraft des Projektes:

„Nutzen wir die Chance dem demografischen Wandel etwas entgegen zu stellen und Osnabrück als kinderfreundliches und partizipatives Oberzentrum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Als drittgrößte Kommune Niedersachsens haben wir die Verantwortung als Vorbild voranzugehen.“

Zeichen: 2578

Pressemitteilung zur Ratssitzung am 03.11.2020

Osnabrück, 03.11.2020

Seite 2 von 2

Gemeinschaftliches Wohnen an der Großen Eversheide ermöglichen

– Sozialverträglich und bezahlbar!

Im Bereich „Große Eversheide“ soll ein 4.518m² großes Grundstück für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt vergeben werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE. freut sich über das konzeptionelle Bieterverfahren, möchte dies aber bezahlbar und sozialverträglich gestalten.

Die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz äußert sich zum Änderungsantrag:

„Bereits in den Diskussionen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat DIE LINKE. darauf hingewiesen, dass die Sozialbindung 60 Jahre betragen muss. Das Grundstück wird ebenfalls für 60 Jahre auf Erbbaurecht vergeben, so lange dieser Erbbaurechtsvertrag besteht muss auch die Sozialbindung gelten. Es wäre ein Unding, wenn im Rahmen des „Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum“ hier durch die Hintertür die Möglichkeit sozial gebundenen Wohnraum zu schaffen verspielt wird.“

Darüber hinaus sieht die Verwaltung eine Berücksichtigung des Preises bei dem konzeptionellen Bieterverfahren von 30 % und einen Erbbauzins von 4%/ Jahr vor. Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz erklärt die Hintergründe des Änderungsantrages:

„Auf der einen Seite wollen wir gemeinschaftliche Wohnprojekte ermöglichen und auf der anderen Seite fließt der gebotene Preis zu 30% in die Bewertung ein? Ein solches Verfahren schließt innovative und alternative Konzepte von Bürger*innen ohne entsprechende Unterstützung durch Investor*innen vom Verfahren aus. Wir fordern daher den Preis bei der Vergabe nicht zu berücksichtigen und ausschließlich die einzureichenden Konzepte zu bewerten. Gleichzeitig ist der Erbbauzins zu senken. 4 % Erbbauzins ist unverhältnismäßig hoch und belastet potenzielle gemeinschaftliche Wohnprojekte über Gebühr. Wir halten einen Erbbauzins von 1,5 % - 2 % für angemessen und auskömmlich.“

Zeichen: 1865

Verbesserung der Finanzierung der Suchthilfearbeit in Niedersachsen

Im Rahmen des gemeinsamen Antrags der Fraktionen DIE LINKE., CDU, Bündnis 90/Die Grünen und UFO zur Verbesserung der Finanzierung der Suchthilfearbeit in Niedersachsen fordert Ratsfrau Heidi Reichinnek auch finanzielle Anerkennung:

"Die ambulanten Fachstellen für Sucht und Suchtprävention leisten wertvolle und unerlässliche Arbeit. Diese darf nicht an einer mangelnden finanziellen Ausstattung scheitern. Nach stagnierenden Landeszuschüssen in den vergangenen Jahren und gleichzeitig steigenden Lohn- und Sachkosten, ist es notwendig die Mittel endlich anzuheben und verlässliche und wertvolle Arbeit zu ermöglichen.

Die steigende finanzielle Ausstattung von Beratungsstellen darf sich jedoch nicht auf einen Suchtpräventionsbereich beschränken. Auch Themen wie bspw. Internetsucht bei Kindern- und Jugendlichen nehmen verstärkt zu. Hier gilt es neben der finanziellen Ausstattung der Beratungsstellen auch entsprechende Angebote aufzubauen.“

Zeichen: 1010